

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	76
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	10.10.2016		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau Dr. Fischer (GesundhA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Wie zufrieden sind Eltern und Erzieherinnen/Erzieher mit der Einschulungsuntersuchung in Stuttgart? Ergebnisse einer Befragung - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 13.06.2016, öffentlich, Nr. 63

Ergebnis: Kenntnisnahme

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

BMin Fezer berichtet über eine durchgeführte Befragung zur Einschulungsuntersuchung (ESU) seitens des Gesundheitsamtes. Bereits im vorletzten Kindergartenjahr werde die Einschulungsuntersuchung durchgeführt, um entsprechende Maßnahmen und Befähigungen der Kinder vor Schuleintritt durchführen zu können.

Diese Vorverlagerung der ESU habe sich aus Sicht der Erzieher/-innen sehr bewährt, erläutert Frau Dr. Fischer. Im weiteren Verlauf berichtet sie im Sinne der Präsentation. Abschließend bemerkt sie eine landesweite Evaluation zur ESU, wobei die Befragung inzwischen abgeschlossen sei. Mitte nächsten Jahres erwartet sie die Umfrageergeb- nisse von der Universität Ulm.

StRin Ripsam (CDU) stellt die positiven Ergebnisse der Umfrage fest und lobt den vorgezogenen Ansatz der ESU. Sie erkundigt sich nach dem Umgang des Gesundheitsamts mit den Ergebnissen.

Man würde abwarten, so Frau Dr. Fischer, was die landesweite Evaluation für Ergebnisse bringen werde und welche Konsequenzen gezogen würden, um sich auch entsprechend weiterzuentwickeln.

Die Gemeinderatsfraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und SÖS-LINKE-PluS bedanken sich bei Frau Dr. Fischer für die getane Arbeit.

Herr Wohlfahrt äußert, dass es für die Kinder angenehmer sei, wenn die ESU in der Kita durchgeführt werde, da sie sich in gewohnter Atmosphäre befänden. Die Untersuchung in der Einrichtung, so Frau Dr. Fischer, sei für das einzelne Kind der richtige Weg, für andere dagegen nicht. Pauschal lasse sich das so nicht feststellen. Herrn Wohlfahrt interessiert, ob in den Stadtbezirken unterschiedliche Ergebnisse festgestellt worden seien. Die Elternfragebögen seien in versiegelten Behältern, die alle gleich ausgesehen hätten, ins Gesundheitsamt gelangt, unterrichtet Frau Dr. Fischer, sodass ein stadtbezirklicher Bezug nicht festgestellt werden konnte. Sie habe die Behälter einzeln ausgewertet, und es seien keine Unterschiede festgestellt worden. Gerade im Hinblick auf die frühzeitige Sprachförderung fragt Herr Wohlfahrt nach dem "richtigen" Zeitpunkt der Untersuchung. Früher sei die Sprachförderung im letzten Kindergartenjahr angedacht gewesen, unterrichtet Frau Dr. Fischer. Diese sei vor zwei Jahren entkoppelt worden, was zur Folge hätte, dass sehr frühzeitig - unter Hinzuziehung der Eltern - mit der Sprachförderung begonnen werden könne.

Bei 120 Einrichtungen, so Herr Schulze-Gronemeyer, sei er im Namen der Träger froh über die vorgezogene ESU. Herr Arpad berichtet, 60 % der Neugeborenen hätten einen Migrationshintergrund, was auf einen ebensolchen bei den Eltern schließen lasse. Hierzu interessiert ihn das Sprachverständnis der Eltern und wie die Inhalte der ESU diesen Eltern vermittelt werden. Komme der Einsatz von Dolmetschern zum Tragen? Frau Dr. Fischer erklärt, es gebe Einwilligungserklärungen in verschiedenen Übersetzungen, damit die Eltern Bescheid wüssten, wie eine ESU ablaufe. Manchmal würden Dolmetscher hinzugezogen, was aber eher selten sei, da sich die Eltern mit "Landsmännern" behelfen würden.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Gesundheitsamt (4)
Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)
Schulverwaltungsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN